

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXIV/29

Bonn, den 11. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Die Bundesrepublik in Nigeria 56

Imponierende technische und humanitäre Hilfeleistung

3 Harold Wilson 44

Zum Besuch des britischen Premierministers

4 - 5 Titos Besuch in Rumänien 87

Parallelen zwischen Belgrad und Bukarest

Von Hans Peter Rulmann, Belgrad

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Einseitig und völkerrechtswidrig
Selbstbestimmungsrecht für jedes Volk
Deutschlandplan der FDP wenig nützlich
Wirkungsvolles Instrument gesamtdeutscher Arbeit
Schülerwettbewerb in Baden-Württemberg
Niedersachsen unterstützt Leistungsgesetz für Flüchtlinge
Ausgleichsämter bleiben ohne Ausführungsbestimmungen
Schlesier übernehmen neue Funktion in Straßburg
Einfuhrkontingente für Tschechoslowakei aufgestockt
Polen mit Westhandel unzufrieden
Deutsche Verlagslizenz nach Rumänien vergeben

Die Bundesrepublik in Nigeria

Imponierende technische und humanitäre Hilfeleistung

sp - Die Entwicklungsprojekte der Bundesrepublik in Westafrika sind wesentliche Beiträge zum Aufbau junger Nationen. Eine moderne Textil- und Schuhfabrik mit Gerberei in Conakry (Guinea), der Ausbau des Hafens Abidjan (Elfenbeinküste), die Brücke über den Volta-Fluß in Ghana, der Hafen Lomé in Togo und die große Straßenbrücke in Lagos, über die der Verkehr vom Festland zur Hauptstadt Nigerias fließt, verbessern die Infrastruktur nicht nur in einzelnen Ländern, sondern für ganze Regionen, die dadurch insgesamt neue Entwicklungsimpulse erhalten.

Die Straßenbrücke in Lagos, durch welche die auf einer Insel gelegene Lagunenstadt mit dem Festland verbunden wird, ist am Sonnabend ihrer Bestimmung übergeben worden. Die Bundesregierung, die für diese Brücke 1961 einen Kredit in Höhe von 66 Millionen DM zugesagt hatte, war bei der feierlichen Übergabe durch Dr. Udo Hein vertreten, dem Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bei dieser Gelegenheit hat Staatssekretär Hein Nigeria auch die Zusage überbracht, daß die Bundesregierung für die unabweisbar notwendigen Anschlußbauten zur Brücke einen weiteren Kredit in Höhe von 48 Millionen DM zur Verfügung stellt.

Anlässlich seines Besuches in Lagos hat Dr. Hein auch Staatspräsident Gowon gesprochen. Dabei wurden beide Länder berührende Fragen erörtert, und Staatssekretär Hein hat einige Fragen klarstellen können, über die es in der Vergangenheit zwischen Lagos und Bonn zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war. Ohne sich in irgendeiner Weise in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen, wurde deutlich gemacht, wie sehr die Bundesregierung an einer Beilegung der militärischen Auseinandersetzungen interessiert sei, und daß die Bundesregierung beabsichtige, die schon in der Vergangenheit geleistete Hil-

fe für die notleidende Bevölkerung auch in Zukunft fortzusetzen. Es komme der Bundesregierung keinesfalls zu, sich im Konflikt in Nigeria als Friedensvermittler aufzudrängen, aber es wäre doch wünschenswert, wenn auch die nigerianische Regierung dazu beitrüge, die Möglichkeiten für humanitäre Hilfeleistungen zu verbessern.

Seit 1961 hat die Bundesregierung Nigeria Kredithilfe in Höhe von 100 Millionen DM und Technische Hilfe im Wert von 15 Millionen DM gewährt, wobei der jetzt von Staatssekretär Dr. Hein überbrachte Kredit noch nicht mitgerechnet ist.

Für die Opfer des Krieges in der abgespaltenen Ostregion wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in diesen Tagen zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Agrar- und Ernährungshilfe in Entwicklungsländern, die sich mit 25 Prozent an den Kosten beteiligt, hochwertige Lebensmittel im Wert von DM 600.000 liefern. Das ist ein sehr geringer Betrag verglichen mit dem Entwicklungshilfekredit, dessen Zusage Staatssekretär Hein jetzt der Zentralregierung in Lagos überbracht hat. Aber es ist auch nur ein kleiner Teil der humanitären Hilfe, die die Bundesrepublik bisher für Nigeria/Biafra geleistet hat. Diese humanitäre Hilfe aus der Bundesrepublik für die Opfer des Bürgerkrieges betrug bisher insgesamt 94 Millionen DM.

Aus staatlichen Mitteln wurden dafür im Jahre 1968 25 Millionen DM und im Jahre 1969 bisher 15 Millionen DM aufgebracht; die Bundesregierung wird in diesem Jahr, falls sich das als erforderlich erweisen sollte, bis zu 50 Millionen DM für diesen Zweck bereitstellen. Die aus nicht-staatlichen Mitteln stammende humanitäre Hilfe beträgt bis heute 54 Millionen DM. Davon kommen 26 Millionen DM von der Caritas, 20 Millionen vom Diakonischen Werk und rund vier Millionen DM vom Deutschen Roten Kreuz. Weiter vier Millionen DM kommen von anderen privaten Hilfsorganisationen.

+ + +

Harold Wilson

Zum Besuch des britischen Premierministers

G.M. - Der Besuch des britischen Premierministers in Bonn und in Berlin unterstreicht erneut das gute britisch-deutsche Verhältnis, das trotz zahlreicher Schwierigkeiten, besonders bei dem Versuch der Lösung der europäischen Probleme, in den vergangenen Jahren immer besser geworden ist.

Seit der militärischen Intervention der Warschauer Paktstaaten in der CSSR ist die Beurteilung der Ost-West-Beziehungen nahezu identisch. Dies zeigte sich besonders anlässlich der letzten NATO-Beratungen. Gemeinsam ist man der Auffassung, daß die Politik der Sowjetunion heute unberechenbarer denn je ist. Gerade die vor kurzem noch erfolgte brüske Zurückweisung der intensiven britischen Bemühungen um eine Entspannung in Europa hat dies deutlich gemacht. Trotzdem beharren sowohl die britische als auch die deutsche Regierung darauf, nichts unversucht zu lassen, um das Ost-West-Verhältnis zu entkrampfen. Die Entspannung und Sicherung des Friedens bleibt also das gemeinsame Ziel der britischen und der deutschen Regierung.

Zweifellos werden diese Fragen bei den Gesprächen Harold Wilsons in Bonn eine wichtige Rolle spielen. Ebenso bedeutsam sind jedoch auch die Überlegungen, die deutscher- und britischerseits immer wieder mit dem Ziele angestellt werden, die europäische Zusammenarbeit zu fördern; sei es direkt im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sei es in einer Form, die Großbritannien der EWG näher bringt.

Der allgemeine Rahmen der europäischen Politik ist durch die Westeuropäische Union (WEU) gesteckt. Hier bieten sich für Bonn und London zahlreiche Möglichkeiten zur wirtschaftlichen und politischen Kooperation, die noch ausgebaut werden können durch bilaterale Vereinbarungen.

In London weiß man inzwischen, daß die Bundesrepublik sich nicht zum Schrittmacher einer gegen Frankreich gerichteten europäischen Politik machen will und kann. Hier muß nun der Weg für eine Kooperation im europäischen Rahmen gesteckt werden, ein Weg, der trotz der erwähnten Vorbehalte Frankreichs die Einbeziehung Großbritanniens in die europäische Politik ermöglicht. Was von deutscher Seite her getan werden kann, ist seit langem geschehen. Auch die übrigen EWG-Partner, außer Frankreich, sind bereit, die allseits gewünschte Kooperation zu begünstigen.

Die Tatsache, daß Harold Wilson auch nach Berlin fliegt, unterstreicht die Bedeutung, die man in Großbritannien den für die Freiheit Westberlins übernommenen Verpflichtungen beimißt. Harold Wilson kann gewiß sein, daß die Berliner Bevölkerung gerade jetzt diese Geste zu schätzen weiß und daß auch die Bundesregierung das britische Engagement für Berlin als ein Zeichen der Verbundenheit mit dem deutschen Volk wertet.

Titos Besuch in Rumänien

Parallelen zwischen Belgrad und Bukarest

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Bei dem letzten Besuch Marschall Titos in Rumänien handelte es sich um das sechste jugoslawisch-rumänische Treffen dieser Art seit dem April 1966, als die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden südosteuropäischen Nachbarstaaten noch so groß waren, daß sich die rumänische Presse nicht einmal scheute, Titos Worte zur Chinafrage zu zensieren. Während nämlich Rumänien schon damals einen strikt neutralen Standpunkt zu Fragen des sowjetisch-chinesischen Konfliktes vertrat, setzte sich Jugoslawien noch 1966 für eine Haltung ein, die sich nur gering von der sowjetischen unterschied.

Der Kern der Mißverständnisse, die damals zwischen den rumänischen und jugoslawischen Führern auftauchten und auch heute noch eine gewisse Rolle spielen, ist in den vollkommen anders gelagerten Ausgangspunkten der beiden Staaten im Südosten Europas zu suchen.

Während sich Jugoslawien bereits im Jahre 1948 seine Freiheit von Moskau erobert hatte und später alles daran setzte, diese unschätzbare Freiheit durch keinerlei Provokationen gegenüber dem Kreni wieder aufs Spiel zu setzen, hatte Rumänien lange genug sowohl innen- als auch außenpolitisch einen strikt Moskauer Kurs verfolgt, um dann aber umso ungestümer an den Fesseln zu rütteln und Ausschau nach Verbündeten zu halten.

Bereits unmittelbar nach den Ereignissen in Polen und Ungarn im Jahre 1956 hatte Rumänien die Einberufung einer balkanischen Gipfelkonferenz unter Einschluß der NATO-Staaten Türkei und Griechenland vorgeschlagen, eine Initiative, die in Belgrad genauso auf taube Ohren stieß wie später alle rumänischen Anstrengungen in Richtung auf eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan. Das Mißtrauen zwischen Belgrad und Bukarest ging so weit, daß Ceausescu nicht einmal die für Juni 1967 ausgesprochene Einladung nach Jugoslawien wahrnahm. Statt dessen besuchte Tito abermals im Dezember 1966 Rumänien, was darauf schließen ließ, daß das jugoslawische Interesse an Rumänien inzwischen gewachsen war und daß sich daraus auch eine gewisse Änderung der jugoslawischen Außenpolitik ergeben hatte.

Diese Änderung stand in engem Zusammenhang mit den Titoschen Plänen einer Einberufung einer dritten Konferenz der Blockfreien, die nach Belgrader Auffassung vollkommen neue Dimensionen haben sollte, indem an ihr zum Beispiel auch Vertreter Pakistans, Frankreichs und Rumäniens teilnehmen sollten.

Erst im Januar und dann wieder im Mai 1968 besuchte Ceausescu Jugoslawien, doch auch bei diesen beiden Begegnungen wurde alles vernieden, was in der Sowjetunion hätte Ärger erregen können. In einem Kommentar, der damals im offiziellen Belgrader Regierungsorgan "Politika" erschien, wurde ausdrücklich bestritten, die erneuten Begeg-

nungen zwischen Tito und Ceaucescu hingen möglicherweise mit einer neuen Blockbildung in Europa oder innerhalb der kommunistischen Weltbewegung zusammen. An eine neue "Kleine Entente", von der damals im Westen viel die Rede war, konnte schon deshalb nicht gedacht werden, weil sich beide Parteien bei der Bewertung der Entwicklung in der CSSR unterschieden.

Erst wenige Tage nach der sowjetischen Intervention in der CSSR, als sich auch Rumänien direkt bedroht fühlte, kam es zu einem Blitzbesuch Ceaucescus im jugoslawischen Grenzort Vršac, der aber gleichfalls ohne spektakuläre Resultate zu Ende ging, wenigstens insofern, als es zu keinem Beistandspakt zwischen den beiden Nachbarn kam, wovon ebenfalls im Westen viel gesprochen wurde.

In ähnlicher Eile wie beim letztenmal kam nun die Gegenvisite Titos im rumänischen Grenzort Timisoara zustande, wengleich auch in einer wesentlich besseren Atmosphäre als alle vorangegangenen Begegnungen. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von Parallelen zwischen der rumänischen und der jugoslawischen Politik. In Rumänien ist ein Prozeß der Dezentralisierung und allmählichen Demokratisierung eingeleitet worden, dem ohne Zweifel das jugoslawische Beispiel als Modell dient. Beide Länder vertreten innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) die These von einer Erweiterung der osteuropäischen Wirtschaftsorganisation um weitere, möglicherweise sogar nichtkommunistische Partner, und auf dem Gebiet der militärischen Planung eher die Auflösung des Warschauer Paktes als seine innere Straffung.

Konkret spielte bei den vor kurzem abgeschlossenen jugoslawisch-rumänischen Gesprächen die rumänische Furcht eine wichtige Rolle, die Sowjetunion könne die folgenden drei Monate zu Repressalien gegenüber Bukarest benutzen. Wahrscheinlich noch in diesem Monat sollen in Rumänien Manöver des Warschauer Paktes stattfinden, und im März will die Sowjetunion auf einer osteuropäischen Gipfelkonferenz die Frage nach einer engen Verflechtung der osteuropäischen Wirtschafts- und Militärorganisationen auf die Tagesordnung setzen.

Um den Sowjets jede Lust an derartigen Versuchen, die rumänische Eigenständigkeit zu beschränken, zu nehmen, besannen sich die beiden Staatsmänner nun in Timisoara auf die für den Mai dieses Jahres angesetzte Weltkonferenz der kommunistischen Parteien in Moskau, auf die die Sowjetunion gleichfalls großen Wert legt. Gelänge es Rumänien und Jugoslawien mit seinen gleichfalls interessanten Verbindungen, innerhalb der kommunistischen Weltbewegung genügend Anhänger zu finden, dann könnte man die Sowjetunion vor die Alternative stellen, entweder ihre Interventionen in Osteuropa fortzusetzen, dafür aber auf die Führungsrolle im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung zu verzichten.